ZEIT ONLINE

Migrationspolitik

Das Sahra-Wagenknecht-Problem der Grünen

Grünenpolitiker um Boris Palmer fordern ein Umsteuern in der Migrationspolitik. Die Parteispitze wiegelt ab, weiß aber: Warme Worte genügen bei dem Thema nicht mehr.

Eine Analyse von **Katharina Schuler**

20. Februar 2023, 18:41 Uhr / 269 Kommentare /



Boris Palmer während eines Interviews in Tübingen im März 2021
© Yann Schreiber/Getty Images

Es war eine Nachricht, die aufhorchen ließ. "Grünenpolitiker fordern Kurswechsel in der Migrationspolitik", konnte man am Wochenende in zahlreichen Medien, auch auf ZEIT ONLINE [https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-02/migrationspolitik-gruene-boris-palmer-vert-realos], lesen. Grüne, die sich für eine Verschärfung der Zuwanderungskriterien einsetzen, haben einen gewissen Seltenheitswert. Was also war genau passiert?

Eine Gruppe, die sich Vert Realos nennt und in der sich nach eigener Auskunft "entschiedene Realpolitikerinnen und Realpolitiker innerhalb des Realoflügels von Bündnis 90/die Grünen" versammelt haben, hatte bereits eine Woche zuvor, am 11. Februar, ein Manifest veröffentlicht [https://vert-realos.de/memorandum-fuer-eine-andere-migrationspolitik-in-deutschland]. Darin fordert sie eine "andere Migrationspolitik".

Die Gruppe gibt es bereits seit 2020. Ihr erklärtes Ziel ist es, sich mit ihren als "wertkonservativ" oder auch "ökolibertär" beschriebenen Positionen in die innerparteiliche und gesellschaftliche Debatte einzubringen, und die Grünen "in der Mitte der Gesellschaft" zu positionieren. Eine der zentralen Figuren ist der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer, der mit seiner Partei schon oft im Clinch lag.

Ein ungewohnter Ton

Was die 46 Erstunterzeichnerinnen, zu denen neben Palmer auch die frühere Fraktionschefin der Europäischen Grünen, Rebecca Harms, und der frühere Wirtschaftsstaatssekretär Rezzo Schlauch gehören, zum Ausdruck bringen, ist vor allem ein diffuses Unbehagen an der Politik der Bundesregierung und damit auch ihrer eigenen Partei. Es gebe "kein Konzept für eine gelungene Integration oder eine konsequente Rückführung von Geflüchteten in ihre Heimat", heißt es da etwa. Die Autoren warnen vor einem möglichen "Rechtsruck", falls die Bürgerinnen und Bürger weiter ihr Sicherheitsgefühl einbüßten. Im Übrigen verlangen sie von den Migranten und Migrantinnen mehr Anpassung an das deutsche Rechtssystem und hiesige Gepflogenheiten.

Es ist dieser für die Grünen untypische Ton, der dem Papier solche Aufmerksamkeit verleiht. In gewisser Weise haben die Grünen damit nun ein Sahra-Wagenknecht-Problem. Auch die Linkenpolitikerin liegt mit ihren Forderungen häufig nur Nuancen von der Position ihrer Partei entfernt, es sind allerdings Akzentuierung und Ton, die den Unterschied machen. Wagenknecht wird in ihrer Partei mit großem Argwohn gesehen, genießt aber hohe öffentliche Aufmerksamkeit. Nicht ganz unähnlich verhält es sich mit Boris Palmer, der nach einem Parteiausschlussverfahren wegen Rassismusvorwürfen derzeit seine Parteimitgliedschaft ruhen lässt.

An der Parteispitze und in der Bundestagsfraktion versucht man deswegen vorerst, das Manifest nicht auch noch durch Kommentare aufzuwerten. Am Montag jedenfalls wollte sich keiner der dafür fachlich zuständigen Abgeordneten gegenüber ZEIT ONLINE zu diesem Thema äußern. Dass sich viele Grüne dem Papier anschließen könnten, befürchtet man in der Partei indes nicht. Die Autoren hätten bewusst die Öffentlichkeit gesucht, weil sie wüssten, dass sie in den zuständigen Fachgremien mit ihren Positionen wenig erreichen könnten, heißt es. "Das ist keine Realoposition und sie bekommt dort auch keine Zustimmung", betont auch eine Abgeordnete aus der Bundestagsfraktion, die selbst dem Realoflügel angehört.

Vieles gibt es längst

Schaut man sich das Papier genauer an, stellt man fest, dass viele Forderungen entweder nicht besonders konkret sind oder mit der Parteilinie gar nicht im Widerspruch stehen. Zudem werden reihenweise Dinge gefordert, die längst geltende Praxis sind.

So folgt auf den Satz, dass Geflüchtete in ihre Heimat zurückkehren sollten, etwa die Einschränkung "sobald sich dies verantworten lässt oder sie selbst es wollen". Wenn eine Rückführung "verantwortbar" ist, also nicht etwa dadurch verhindert wird, dass es sich bei dem Heimatland um ein Kriegs- und Krisengebiet handelt und dem Flüchtling dort konkrete Gefahr für Leib und Leben droht, wird diese aber auch derzeit durchaus schon durchgesetzt. Und für Flüchtlinge, die freiwillig zurückkehren wollen, gibt es längst Rückkehrerprogramme einschließlich einer finanziellen Förderung, die den Start im Herkunftsland erleichtern soll.

Anders als von den Autoren und Autorinnen insinuiert, haben die Grünen auch noch nie einer völlig unbegrenzten Zuwanderung das Wort geredet. Die Grundsätze der grünen Migrationspolitik seien "Humanität und Ordnung", betonte Grünenchef Omid Nouripour am Montag auf das Manifest angesprochen bei einer Pressekonferenz denn auch gleich mehrfach. Dass es dazu immer wieder

"Debattenbeiträge" gebe, sei normal, versuchte er die Aufregung zu beschwichtigen.

Tatsächlich haben sich die Grünen nie grundsätzlich gegen Abschiebungen ausgesprochen, auch wenn sie eher auf freiwillige Ausreisen setzen. "Menschen, die nach sorgfältiger Prüfung der asyl- und aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen sowie nach Ausschöpfung aller Rechtsschutzmöglichkeiten kein Aufenthaltsrecht erhalten und bei denen keine Abschiebehindernisse entgegenstehen, müssen zügig wieder ausreisen", hieß es beispielsweise im Wahlprogramm der Grünen von 2021 [https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wahlprogramm-DIE-GRUENEN-Bundestagswahl-2021_barrierefrei.pdf]. "Ein gemeinsamer Raum der Freizügigkeit und ohne Binnengrenzen braucht kontrollierte Außengrenzen", kann man dort ebenfalls lesen. In der Ampel wiederum hatte man sich auf die Einrichtung des Amtes eines Migrationsbeauftragten geeinigt, der beispielsweise Rücknahmeabkommen mit Herkunftsländern aushandeln soll, um die Rückführungen auch umsetzbar zu machen.

Nouripours Botschaft

Doch auch manche andere Forderung in dem Manifest erstaunt. So verlangen die Autoren etwa, dass Asylbewerber bei der Aufklärung ihrer Identität mitwirken müssten, was im Asylgesetz längst geregelt ist [https://www.gesetze-im-internet.de/asylvfg_1992/__15.html] und von keinem Grünen infrage gestellt wird, oder dass das Asylrecht verfallen soll, wenn ein Flüchtling straffällig wird. Auch das ist heute schon der Fall [https://www.welt.de/politik/deutschland/article164303807/Wann-Straftaten-von-Migranten-das-Asylverfahren-gefaehrden.html], seit der Kölner Silvesternacht reicht eine Verurteilung zu einem Jahr aus, um den Anspruch auf Asyl zu verlieren, vorausgesetzt es geht um ein schweres Gewalt- und Sexualdelikt. Denkbar ist natürlich, dass den Autoren des Manifests das zu wenig ist, doch so konkret werden sie eben nicht.

Gefordert wird außerdem eine obligatorische Teilnahme an Integrationskursen – als ob es diese nicht längst gäbe. Auch die geforderte Verpflichtung, bis zum Abschluss des Asylverfahrens in der Erstaufnahmeeinrichtung zu wohnen, ist heute schon Standard, nur wenn das Verfahren sich länger als 18 Monate hinzieht (bei Familien mit Kindern sechs Monate) ist der Umzug in eine andere Wohnung vorher möglich. Auch dass es keine Trennung zwischen Asyl- und Arbeitsmigration gebe, ist schlicht falsch. Bestenfalls könnte man diesen Vorwurf gegen das von der Ampel unlängst verabschiedete Chancen-Aufenthaltsgesetz erheben, das langjährig Geduldeten eine Perspektive geben soll. Doch dieses wird von den Vert Realos gar nicht benannt.

Gleichwohl gehen die Autoren und Autorinnen an einigen Punkten auch über die grüne Programmatik hinaus, etwa wenn sie fordern, dass Asylverfahren bereits an der EU-Außengrenze oder gleich im außereuropäischen Ausland stattfinden sollen. Dies ist derzeit Gegenstand von Verhandlungen auf EU-Ebene.

Kritik an Flüchtlingsgipfel

Innerhalb der Partei dürften zudem insbesondere jene Teile des Manifests für Irritation sorgen, in denen von Migrantinnen und Migranten Anpassung gefordert wird – ohne genau zu präzisieren, wie diese jenseits der Tatsache, dass alle hier lebenden Menschen sich an Gesetze zu halten haben, denn genau durchgesetzt werden sollte.

Allerdings weiß die Parteispitze sehr wohl, dass in dem Thema eine große Brisanz liegt. In den Kommunen gibt es zahlreiche Probleme bei der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen. Auch grüne Kommunalpolitiker wie der unterfränkische Landrat Jens Marco Scherf [https://www.focus.de/politik/deutschland/ich-brauche-keine-antwort-mehr-vom-bundeskanzler_id_186081244.html], der ebenfalls zu den Erstunterzeichnern gehört, fühlen sich alleingelassen.

Für sie hatte Nouripour dann doch noch eine Botschaft parat. Die Ergebnisse des von der SPD-Innenministerin durchgeführten Flüchtlingsgipfels in der vergangenen Woche seien keineswegs ausreichend gewesen, betonte er am Montag. Es müsse massive Unterstützung bei Integrations- und Sprachkursen, bei Personal, Unterkünften und der Bereitstellung von Schul- und Kitaplätzen geben. "Diese Debatte muss man nun in den Mittelpunkt schieben", sagte Nouripour. Solche Sätze dürften den Unterzeichnenden des Manifests zwar kaum reichen. Doch ein Signal waren diese dennoch: Die Grünenspitze hat offenbar verstanden, dass es beim Thema Migration mehr als schöne Worte braucht.